

Besprechung

140

von Prof. Dr. Hallstein, Dr. Boden, Dr. Bauer, Dr. von Marchtaler mit den Herren Monnet, Uri, zum grösseren Teil Hirsch, im Planungsamt am 31. August 1950.

Nachdem Herr Monnet dargelegt hatte, er glaube, es sei notwendig, den einheitlichen Markt so rasch als möglich in Kraft zu setzen, bringt Dr. Bauer die deutschen Besorgnisse wegen der Folgewirkung einer sofortigen vollen Einführung des einheitlichen Marktes für das deutsche Preisniveau vor. Die deutsche Situation hinsichtlich Preise und Löhne sei äusserst labil. Eine Erhöhung der Preise der Grundstoffe Kohle und Eisen löse Folgewirkungen aus, die weit über die beteiligten Branchen hinausgehen. Der Lebensstandard der Arbeiterschaft könne nicht gesenkt werden. Infolgedessen schlage Deutschland vor, dass von den gegenwärtig bestehenden Preisen für Kohle und Eisen ausgegangen werde, dass Zölle und Kontingentierungen für die Vertragsstaaten untereinander sofort fallen, und dass im übrigen technische Mittel für das allmähliche Hineinwachsen in den gemeinsamen Markt bevorzugt werden. Auf diese Weise liessen sich auch Ausgleichszahlungen in erträglichen Grenzen halten. Selbstverständlich handele es sich dabei um eine Gesamtüberlegung: wenn, und insoweit belastende Faktoren kostensenkendeⁿ Faktoren gegenüberstünden, spiele das für das Preisniveau keine Rolle. Per Saldo dürfe aber keine Preiserhöhung herauskommen. Dieser Vorschlag wurde ergänzt durch die deutschen Überlegungen, wie die belgische Kohle (und analog der italienische Stahl) behandelt werden soll.

Herr Hirsch reagierte keineswegs völlig ablehnend. Er griff sofort die Idee des Vergleichs von günstig und ungünstig wirkenden Faktoren auf und wies auf die Kreditmöglichkeiten und die in ihnen liegende Zinsverbilligung hin. Herr Monnet erklärte, man müsse eine Bilanz mit Zahlen machen. Er wisse nicht, ob der französische Weg sofortiger Inkraftsetzung des einheitlichen Marktes mit den entsprechenden Ausgleichszahlungen oder der deutsche Vorschlag zweckmässiger sei. Die Zahlenbilanz möge das erforderliche Bild geben. Dann könne man sich entscheiden. Es sei jetzt über-

haupt der Zeitpunkt gekommen, eine solche Bilanz aufzustellen: jedes Land und die Parlamente der einzelnen Länder sollen sehen, was gewonnen werden kann und was geopfert werden muss. Nur durch ein solches Bild werde Argwohn ausgeschlossen.

Die deutschen Delegierten erklärten sich mit solchem Vorgehen einverstanden.

Im Laufe seiner Ausführungen wies Herr Monnet darauf hin, dass in den derzeitigen deutschen Kohlenselbstkosten eine bestimmte Quote für Selbstfinanzierung stecke, die entsprechend auch im Preise enthalten sei. (Auf diesen Punkt, der in der Diskussion nicht wieder aufgegriffen werden konnte, ist zu gegebener Zeit zurückzukommen).

In der darauf folgenden ersten Sitzung nach der Unterbrechung unter dem Vorsitz des Herrn Monnet und in Anwesenheit von 2 - 3 Delegierten jedes Landes (von deutscher Seite die Herren Hallstein, Boden, Bauer) schlug Herr Monnet zu Beginn entsprechend vor:

- 1) sofortige Aufstellung einer Bilanz der Vorteile und Nachteile für jedes Land;
- 2) genaue Regelung der Anlaufzeit, damit während dieser die Hohe Behörde möglichst wenig Prozesse zu gewärtigen und zu führen habe und möglichst viele Aufbauarbeit durchführen kann;
- 3) die Präzisierung des Vertrages hinsichtlich derjenigen Punkte, die noch offen sind.

Herr Monnet hält es für möglich, mit den von ihm genannten Arbeiten etwa innerhalb von drei Wochen fertig zu werden und die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. Von einer weitergehenden Hinzuziehung von Sachverständigen rät er ab.

Der italieneische Vertreter, Prof. Taviani, erklärt, ihm seien die Beziehungen der ~~Hohen~~ Behörde zum Ministerrat noch nicht geklärt genug; ihm käme es hauptsächlich auf die Produktions- und Investitionsprogramme an. Ihm schwebte für die Präzisierung der Anlaufzeit eine Art Konvention über Einzelfragen neben dem eigentlichen Vertrage vor.

Der belgische Delegierte wies darauf hin, dass Belgien eine Staatskrise durchlaufen habe. Mehr als die

Hälfte seiner jetzigen Minister seien neu im Kabinett und hätten kaum Gelegenheit gehabt, sich mit dem Schuman-Plan eingehend zu befassen. Schon jetzt könne er aber für die derzeitige belgische Regierung sagen, dass sie den grössten Wert auf die Regelung der Anlaufperiode lege, dass man etwas erstaunt sei, dass so viel Gewicht auf institutionelle Fragen gelegt werde, wie dass man gewiss sei, der Schuman-Plan dürfe auf die Regelung von Kohle und Eisen auf die Dauer nicht beschränkt bleiben.

Er verlas einen Brief eines belgischen eisen-industriellen Verbandes, in dem die Ausdehnung auf andere Branchen in der Richtung fortschreitender europäischer Integration verlangt wird.

Der luxemburgische Delegierte hielt die vorgesehene institutionelle Maschine für ein wenig schwerfällig. Die Konferenz habe sich zu viel mit dem Ministerrat und ähnlichen Fragen beschäftigt. Klarheit über die Preisfrage sei erforderlich. Diese sei fundamental. Der französische Vorschlag für die Anlaufperiode bedürfe noch sorgfältiger Prüfung.

Der holländische Delegierte Kohnstamm wollte den Bericht des Herrn Spierenburg, der am darauf folgenden Tage erwartet wird, über die Haltung seiner Regierung nicht vorgreifen. Mit dem Vorschlag des Vorsitzenden hinsichtlich der Methode der Verhandlungen erklärt er sich einverstanden.

Der belgische Delegierte verwies auf den Artikel des "Economist" vom 26. 8. 1950 über den Schuman-Plan und insbesondere auf dessen Bemerkungen wegen GATT. Man müsse der GATT kurzfristig etwas vorlegen; die handelspolitische Regelung im Schuman-Plan werde nicht von selbst gehen. Bis Ende September müsse die Konferenz einen präzisen Vorschlag für die bevorstehende Konferenz der GATT-Länder vorbereitet haben.

Der deutsche Delegierte, Prof. Dr. Hallstein, schlug vor, zunächst die von Herrn Monnet vorgeschlagene Zahlenbilanz zu fertigen, deren Ziffern für die weiteren Erwägungen unentbehrlich seien. Die Preisfrage stehe für Regierung, Parlament und Sachverständige im Vordergrund. Deutschland bevorzuge technische Mittel vor finanziellen Methoden.

Nach längerer Diskussion über das zweckmässigste Vorgehen wird gemäss Vorschlag Hirsch beschlossen, dass in folgender Reihenfolge behandelt werden:

B102

3212

- 4 -

- 1) die handelspolitischen Fragen;
- 2) Anlaufsfragen;
- 3) die wirtschaftlichen und technischen Probleme;
- 4) die sozialen Probleme;
- 5) die institutionellen Probleme.

Am Samstag, 2.9.1950, will die französische Delegation einen Fragebogen vorlegen, dessen Beantwortung die Zahlenbilanz ermöglichen soll.